

# Nach 15 Jahren: SPD stärker als CDU/CSU

SPiegel-Umfrage über die politische Situation im Monat Juni

Stoltenberg würde nicht Finanzminister bleiben und Graf Lambsdorff nicht FDP-Vorsitzender werden, wenn über die Zukunft dieser beiden Politiker so entschieden würde, wie die meisten Bundesbürger es wünschen.

Drei Antworten stellte das Bielefelder Emnid-Institut bei der SPIEGEL-Umfrage in diesem Monat zur Wahl, als es nach Stoltenberg fragte. Nur etwa jeder vierte Bundesbürger (28 Prozent) ist dafür, daß er „unbedingt im Amt bleiben“ solle. „Vielleicht ausgewechselt“ werden soll Stoltenberg nach Meinung von ebenfalls etwa jedem vierten (24 Prozent). „Auf jeden Fall ausgewechselt“ werden soll er nach Ansicht von beinahe jedem zweiten (46 Prozent).

Und als Emnid wissen wollte, wer FDP-Chef werden sollte, nannten nur 15 Prozent der Befragten Otto Graf Lambsdorff, hingegen 42 Prozent – beinahe dreimal so viele – Irmgard Adam-Schwaetzer. Weiteren 42 Prozent ist es „egal“, wer fortan die FDP führt.

Seit Emnid vor zweieinhalb Jahren mit regelmäßigen SPIEGEL-Umfragen beauftragt worden ist (vor Bundestagswahlen monatlich, sonst zweimonatlich), hat das Institut noch nie so viele Veränderungen der Volksmeinung festgestellt wie in diesem Monat.

Bislang wechselten die Meinungen oder schlugen die Stimmungen nur punktuell um, etwa nach Tschernobyl in

der Atomfrage oder nach Wahlsiegen für die eine oder andere Partei.

Diesmal aber änderten sich viele Zahlen gegenüber den Vormonaten, und der Trend ist eindeutig: Die Bonner Koalition ist in ein Tief gesackt. Die Ansichten über ihre Parteien, über ihre Politiker und über ihre Pläne sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kritischer denn je.

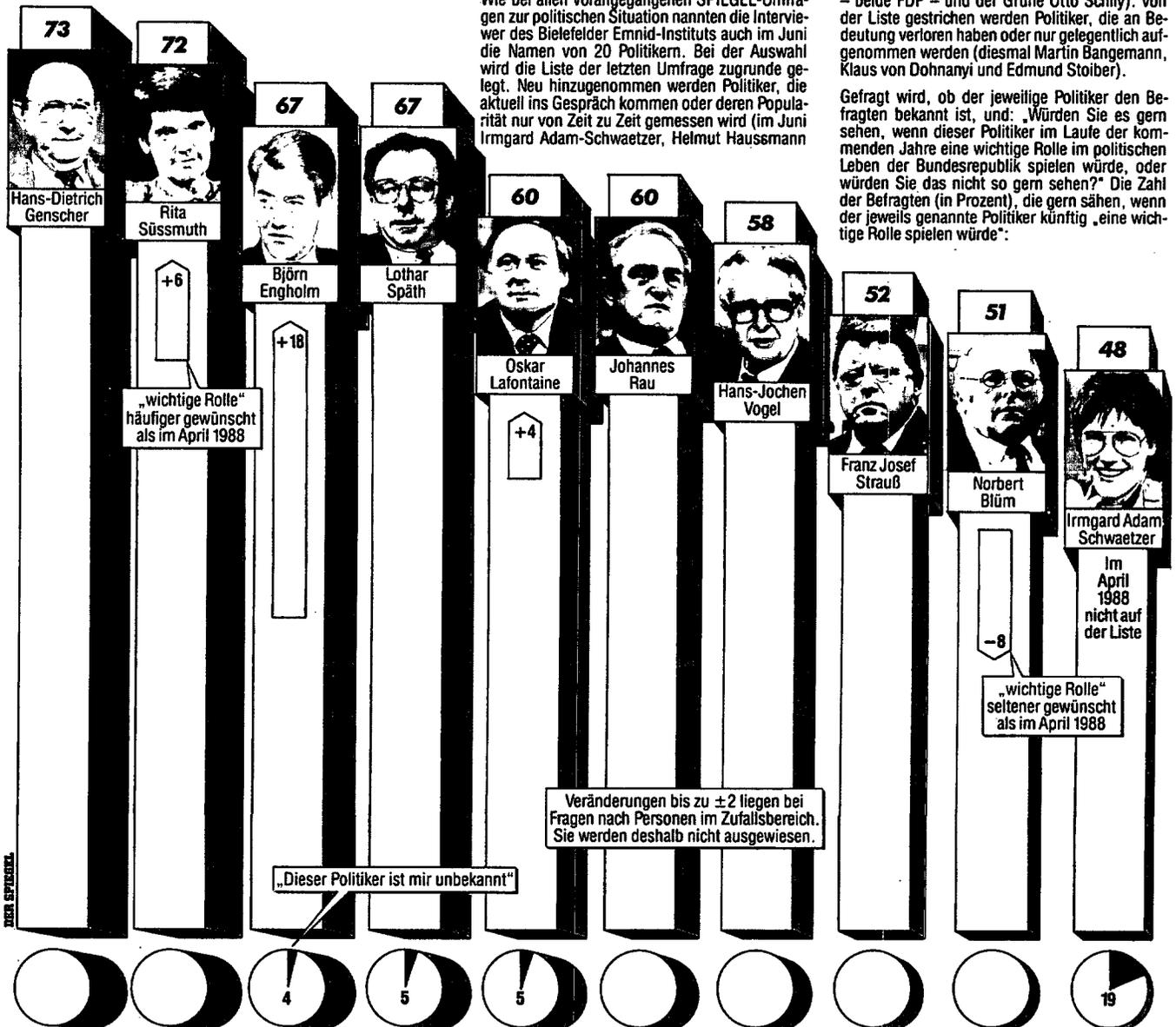
Und diese Abwärtsentwicklung dürfte noch immer nicht zu Ende sein. Emnid befragte 2000 Männer und Frauen in der Zeit zwischen dem 3. und dem 20. Juni. Die meisten Interviews waren schon erledigt, als in Bonn entschieden wurde, die Steuern für Autobenzin zu er-

## POLITIKER IM JUNI: ADAM-SCHWAETZER VOR KOHL

Wie bei allen vorangegangenen SPIEGEL-Umfragen zur politischen Situation nannten die Interviewer des Bielefelder Emnid-Instituts auch im Juni die Namen von 20 Politikern. Bei der Auswahl wird die Liste der letzten Umfrage zugrunde gelegt. Neu hinzugenommen werden Politiker, die aktuell ins Gespräch kommen oder deren Popularität nur von Zeit zu Zeit gemessen wird (im Juni Irmgard Adam-Schwaetzer, Helmut Haussmann

– beide FDP – und der Grüne Otto Schily). Von der Liste gestrichen werden Politiker, die an Bedeutung verloren haben oder nur gelegentlich aufgenommen werden (diesmal Martin Bangemann, Klaus von Dohnanyi und Edmund Stoiber).

Gefragt wird, ob der jeweilige Politiker den Befragten bekannt ist, und: „Würden Sie es gern sehen, wenn dieser Politiker im Laufe der kommenden Jahre eine wichtige Rolle im politischen Leben der Bundesrepublik spielen würde, oder würden Sie das nicht so gern sehen?“ Die Zahl der Befragten (in Prozent), die gern sähen, wenn der jeweils genannte Politiker künftig „eine wichtige Rolle spielen würde“:



höhen und für Flugbenzin der Hobbyflieger abzuschaffen. Dieser Skandal, der Mitte Juni Schlagzeilen machte, hat sich auf die Emnid-Zahlen noch kaum ausgewirkt.

Die wichtigsten Ergebnisse im Juni:

„Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre“, läge die SPD vor der CDU/CSU (42 gegenüber 41 Prozent). In den SPIEGEL-Umfragen von Januar 1986 an waren beide Parteien nur ein einziges Mal gleichauf (im Februar 1988), sonst blieb die SPD immer hinter der Union zurück, in ihrer schlechtesten Zeit zum Jahresende 1986 sogar mal um 10 Prozent.

Emnid-Mitarbeiter mußten in ihren Tabellen weit zurückblättern, um eine Umfrage zu finden, bei der die SPD vor der CDU/CSU lag. Zuletzt hatte das Bielefelder Institut solche Zahlen vor beinahe 15 Jahren, im Oktober 1973, ermittelt. Und noch weiter zurück liegt die bislang einzige Bundestagswahl vom November 1972, bei der die SPD mit 45,8 Prozent stärkste Partei wurde.

Zwei Aufsteiger ermittelte Emnid, als die Interviewer fragten, welchen von 20 Politikern eine „wichtige Rolle“ gewünscht werde.

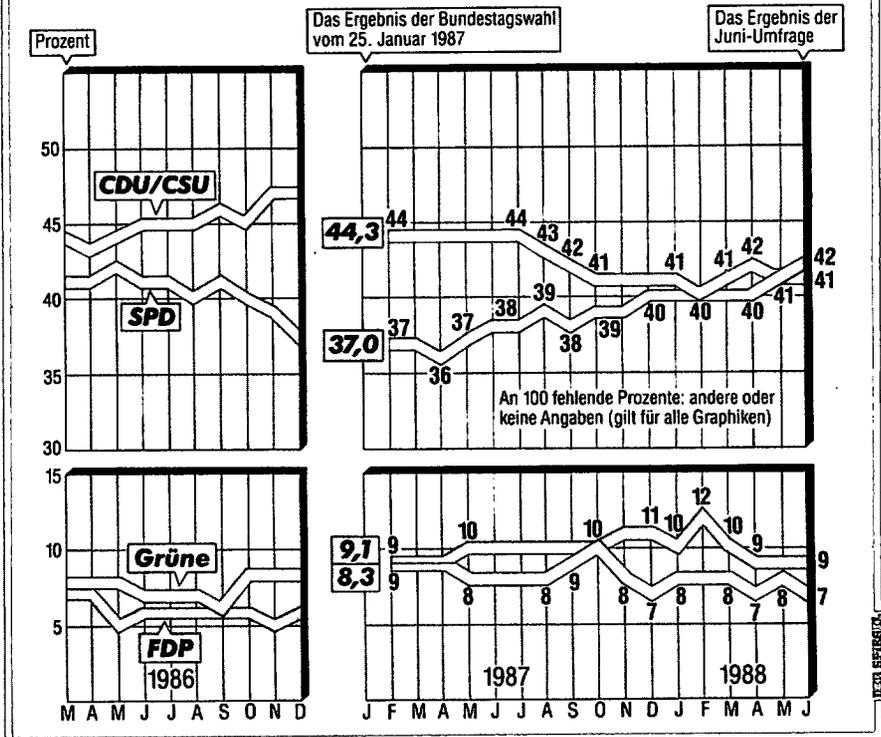
Nicht mehr 49 Prozent wie bei der letzten Umfrage im April, sondern 67 Prozent äußerten sich in diesem Sinne über Björn Engholm, den SPD-Wahlsieger von Schleswig-Holstein. Einen solchen Zugewinn von 18 Prozent hat es bislang noch nicht gegeben, schon 10 oder 11 Prozent waren überaus selten.

Und beinahe ebensoviel wie Engholm gewann Irmgard Adam-Schwaetzer hinzu, nach der zuletzt im Februar gefragt

## PARTEIEN IM JUNI: UNION VERLIERT, KOALITION TROTZDEM VORN

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ Diese „Sonntagsfrage“ wird bei jeder politischen Um-

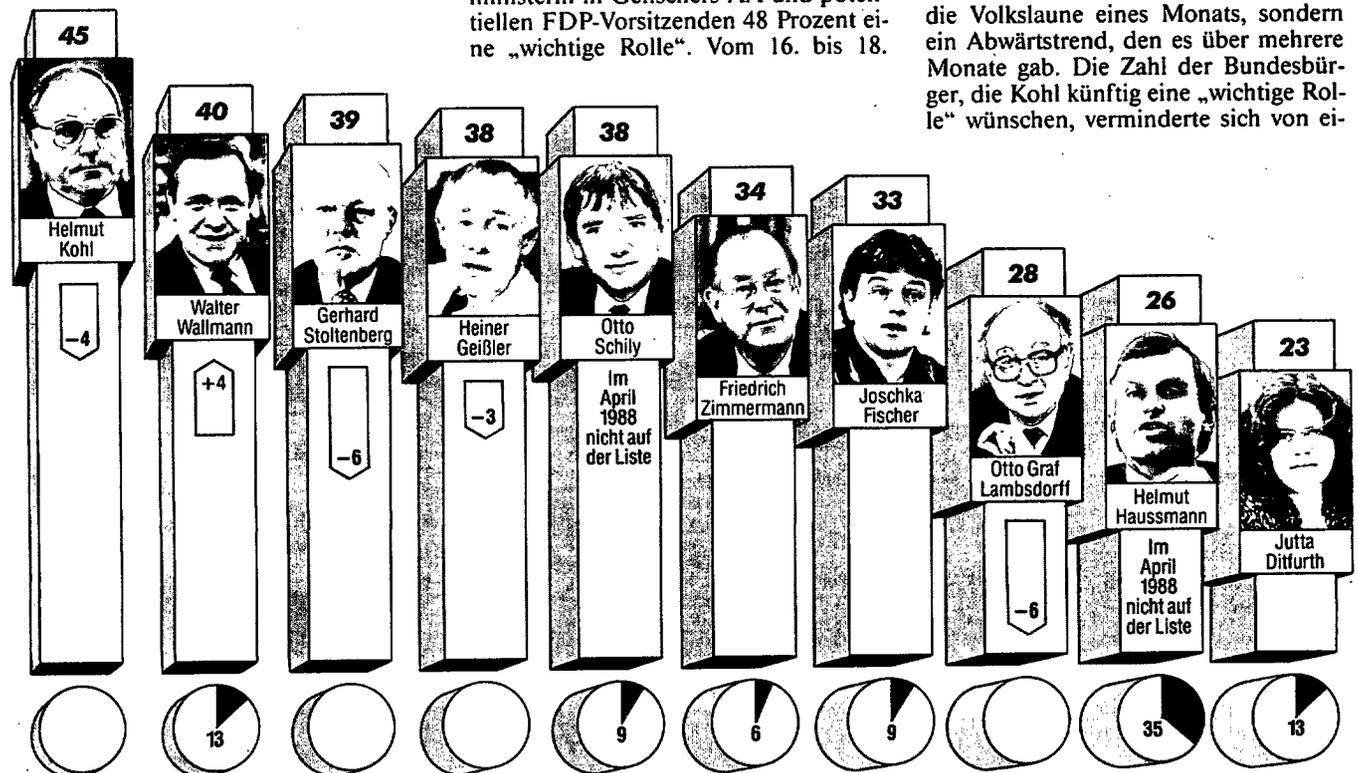
frage gestellt. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 und die Emnid-Zahlen von März 1986 bis Juni 1988:



worden war. Damals brachte die FDP-Politikerin es nur auf 34 Prozent, noch schlechter schnitten lediglich die beiden Schlußlichter, der CSU-schwarze Zimmermann und der Grüne Fischer ab. Nun wünschten der derzeitigen Staatsministerin in Genschers AA und potentiellen FDP-Vorsitzenden 48 Prozent eine „wichtige Rolle“. Vom 16. bis 18.

Platz, den sie im Februar mit Schily und Wallmann teilte, rückte sie auf Platz 10 vor.

Zum erstenmal ist Bundeskanzler Kohl nicht unter den Top ten, er rutschte auf Platz 11 ab. Dahin brachte ihn nicht die Volkslaune eines Monats, sondern ein Abwärtstrend, den es über mehrere Monate gab. Die Zahl der Bundesbürger, die Kohl künftig eine „wichtige Rolle“ wünschen, verminderte sich von ei-



ner Umfrage zur anderen. 54 Prozent waren es im Oktober 1987, je 51 Prozent im Dezember 1987 und im Februar 1988, 49 Prozent im April und nun 45 Prozent.

Verändert haben sich weder die Kohl-Begeisterung der meisten CDU/CSU-Wähler noch die völlig negative Einstellung fast aller SPD- und Grün-Wähler zu dem Regierungs- und CDU-Chef. Der Grund für Kohls Verluste: Er ist bei den FDP-Wählern nicht mehr so populär wie früher. In seinen besten Zeiten sprachen sich drei Viertel der FDP-Anhänger für eine Zukunft mit, ein Viertel für eine Zukunft ohne Kohl aus. Neuerdings sind 50 Prozent der FDP-Anhänger der einen und 49 Prozent der anderen Meinung.

Ein Teil der FDP-Wähler ging auf Distanz zum Kanzler, obwohl dies nicht recht zu einer anderen Entwicklung paßt. Während im vorigen Umfragemonat fast gleich viele FDP-Wähler die SPD und die CDU/CSU als Wunschnachpartner nannten, überwiegt nun wieder eindeutig die Treue zum heutigen Bonner Bund. Die Erklärung: Ein Teil der FDP-Wähler schätzt die Koalition nicht wegen, sondern trotz des Mannes an der Spitze.

Im Juni lag der SPD-Chef Vogel zum erstenmal vor Kohl, als Ennid von den Befragten erfahren wollte, für welchen von beiden Politikern sie sich bei einer Direktwahl des Kanzlers entscheiden würden. 47 Prozent nannten Vogel, 43 Prozent Kohl. Noch im Februar, als Ennid die Frage zuletzt gestellt hatte, war der Kanzler knapp vorn (46 Prozent für Kohl, 45 Prozent für Vogel).

Knapp vor oder hinter dem Oppositionschef – so oder so hat der Kanzler den Bonus wieder eingebüßt, den er sich vor der Bundestagswahl von 1987 für ein paar Monate erkämpft hatte.

Was das Meinungsklima betrifft, so gibt es ein Hoch ohnegleichen für die SPD. Mehrere Monate lang glaubte jeweils knapp die Hälfte der Befragten, die Stimmung sei für diese Partei günstig. Neuerdings ist fast eine Zwei-Drittel-Mehrheit dieser Ansicht.

Karge 23 Prozent finden, das Klima sei gut für die CDU/CSU – überwiegend sind es eigene Anhänger, die sich vom Wunschnachdenken übermannen lassen. Jeder zweite Unionswähler gehört zu diesen Irrealisten.

Die SPD-Anhänger hingegen waren noch nie so froh gestimmt wie im Juni, beinahe alle (91 Prozent) glauben, das Klima begünstige ihre Partei.

Das derzeitige Bonner Koalitionstief hebt ein ungeschriebenes Gesetz der Demoskopie auf, das bislang durchweg galt: Je besser die Bundesbürger über die wirtschaftliche Lage denken, desto zufriedener sind sie mit der jeweiligen Regierung und deren Parteien. So war es insbesondere zu Kanzler Schmidts Zei-

ten. Diesmal gibt es diesen Doppeltrend nicht.

Zwar nannten im Februar 47, im April 49 und nun sogar 51 Prozent der Bundesbürger ihre eigene wirtschaftliche Lage „sehr gut“ oder „gut“, und die allgemeine Situation beurteilten erst 31, dann 34 und nun 36 Prozent ebenfalls „sehr gut“ oder „gut“. Entsprechende positive Emnid-Daten für die Koalition und deren Parteien blieben aber aus.

Als Wirtschaftsminister und als FDP-Vorsitzenden verabschiedeten die Emnid-Befragten Bangemann mit Noten, wie sie ein mittelmäßiger Schüler bekommt. Da sind keine Ruhmesblätter einzurahmen. Auch die eigenen Anhänger sind frei von Abschiedsschmerz.

Vier Fragen widmete Emnid der bevorstehenden FDP-Entscheidung über die Bangemann-Nachfolge. Selten, vielleicht nie, gab es in Bonn einen solchen Kontrast zwischen zwei Kandidaten für ein wichtiges Amt in irgendeiner Partei. Nach eindeutig vorherrschender Meinung ist Lambsdorff ein Mann von gestern, ist seine Rivalin Adam-Schwaetzer eine Frau mit Zukunft.

Mit dem Grafen geht es bergab, seit er an die Spitze seiner Partei aufsteigen will.

Populär war er nie. In den Jahren 1986 und 1987 wünschten ihm immer nur zwischen 32 und 37 Prozent eine „wichtige Rolle“, ein einziges Mal waren es 42 Prozent. In diesem Jahr schrumpfte die Minderheit von 34 Prozent im April auf 28 Prozent im Juni. So wenige waren es noch in keinem Monat.

Der Vergleich der Daten Bangemanns und Lambsdorffs zeigt, daß die FDP bei einer Wahl des Grafen zum Parteichef einen unpopulären Politiker gegen einen noch unpopuläreren austauschen würde. Meist kam Bangemann nicht aus dem letzten Drittel der 20 Emnid-Politiker heraus, aber in 17 von 18 Umfragen lag er vor Lambsdorff.

Der Vergleich mit der Staatsministerin Adam-Schwaetzer macht den Grafen vollends zur Negativfigur. Das gilt für die allgemeine Frage nach der künftigen „wichtigen Rolle“ wie für die spezielle Frage nach dem künftigen FDP-Chef.

Nicht nur unter den Bundesbürgern insgesamt, sondern auch in jeder Teilgruppe sprechen sich weit mehr Befragte für die Kandidatin und weit weniger für den Kandidaten aus.

Einen FDP-Chef Lambsdorff halten 27 Prozent der FDP-Wähler für besser, eine FDP-Chefin Adam-Schwaetzer 51 Prozent. Die entsprechenden Zahlen anderer politischer Gruppen: 7 und 46 Prozent der SPD-Wähler, 24 und 36 Prozent der CDU/CSU-Wähler, 2 und 55 Prozent der Grün-Wähler.

Für Lambsdorff gibt es auch in keiner Altersgruppe eine Mehrheit, nicht mal unter seinen Altersgenossen. Bei den Deutschen unter 30 Jahren zählte Emnid fünfmal mehr Adam-Schwaetzer- als

## Bleiben Sie dem Streß überlegen.



Streß belastet Herz und Nerven. Und irgendwann spielt die Gesundheit nicht mehr mit: Es kommt zu Konzentrationsschwäche, nervösen Herzbeschwerden, Muskelverkrampfungen und mehr.

Die Ursache ist oft ein Mangel an Magnesium. Denn dieses wichtige Bioelement trägt zur Entspannung von Herz, Nerven und Kreislauf bei. Unter Streß verbraucht der Körper das drei- bis vierfache an Magnesium. Dieses Mineral sollte deshalb ständig und ausreichend neu zugeführt werden – was bei der heutigen Ernährung meist nicht einfach ist.

Beugen Sie auf natürliche Weise vor! GRANDELAT® magnesium schützt Sie zuverlässig vor Magnesiummangel. Und durch seine biologisch günstige Chelat-Form (eine Bindung an Eiweißbausteine) wird es vom Körper gut aufgenommen und getragen. Schützen Sie sich regelmäßig mit GRANDELAT® magnesium, denn so bleiben Sie dem Streß überlegen.

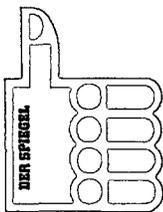
### GRANDELAT® magnesium

Das Anti-Streß-Mineral  
für Herz und Nerven.

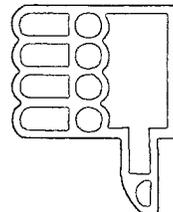


In neuform-Reformhäusern und  
Apotheken.

GRANDELAT® magnesium: Zur Vorbeugung von Magnesium-Mangelerscheinungen, z. B. von nervösen Herzbeschwerden, erhöhtem Blutdruck, Durchblutungsstörungen, Weiterfähigkeit und Muskelverkrampfungen. Nicht einnehmen bei Ausscheidungsstörungen der Nieren.  
Hersteller: KEIMDIAT GmbH, Augsburg.

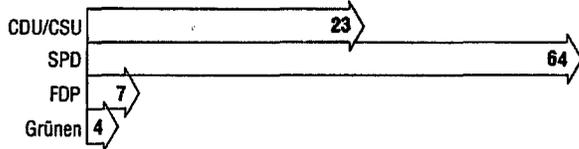


## MEINUNGSKLIMA IM JUNI: SPD-HOCH STABIL



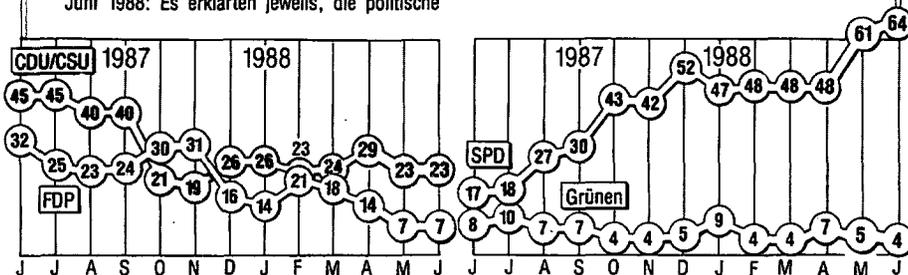
Dem Meinungsklima in der Bundesrepublik galt die Frage: „Für welche der im Bundestag vertretenen Parteien ist die politische Stimmung im Au-

genblick wohl besonders günstig?“ Das Ergebnis im Juni: Es erklärten von je 100 Bundesbürgern, die politische Stimmung sei „besonders günstig“ für die



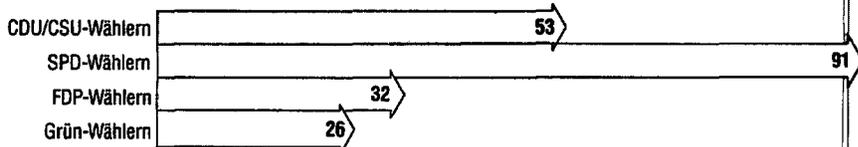
Zum Vergleich die Ergebnisse von Juni 1987 bis Juni 1988: Es erklärten jeweils, die politische

Stimmung sei „besonders günstig“ für die



Wie denken die jeweiligen eigenen Anhänger über das Meinungsklima für „ihre“ Partei? Es erklär-

ten, die politische Stimmung sei für die Partei ihrer Wahl „besonders günstig“, von je 100



Wegen vereinzelter Mehrfachnennungen machen die Antworten zum Teil mehr als 100 Prozent aus.

Lambsdorff-Anhänger (45 und 9 Prozent), aber auch bei denen über 60 Jahren sind es noch doppelt so viele (34 und 16 Prozent).

Überall gibt es etliche, denen die FDP mitsamt ihrem oder ihrer Vorsitzenden schnurz ist. Aber allem Anschein nach könnte die erste Frau an der Spitze einer Bundestagspartei für die FDP ähnliche Bedeutung gewinnen wie für die Union die Ministerin Rita Süssmuth, die sogar in dem für ihre Partei und für ihre eigene Politik düsteren Monat Juni noch populärer wurde.

Ein nicht geringer Teil der Bundesbürger rechnet damit, daß sich die FDP doch für den Grafen entscheidet. 24 Prozent erwarten ihn, 25 Prozent Genschers Staatsministerin an der FDP-Spitze, 50 Prozent wagen keine Prognose („schwer zu sagen“).

Als Emnid nach dem Parteispenden-Prozeß und dem Urteil gegen den Angeklagten Lambsdorff fragte, erwies sich jeder zweite Befragte als richtig informiert – angesichts der schwierigen Materie ein positives Ergebnis.

Nach der Wissensfrage orientierte Emnid die Befragten über den Sachverhalt, bevor eine letzte Frage gestellt wurde: „Die Anklage wegen Bestechlichkeit wurde fallengelassen. Der Steuerhinterziehung wurde Lambsdorff schuldig gesprochen. Was ist Ihre persönliche Meinung? Darf Lambsdorff danach Parteivorsitzender werden, oder darf er es nicht?“

Das Ergebnis: 74 Prozent meinen, er dürfe deshalb nicht Parteivorsitzender werden, 25 Prozent sehen in der Vorstrafe keinen Grund, ihm das Amt zu verwehren.

Die FDP-Wähler sind geteilter Meinung, ob diese Verurteilung den Grafen als Parteichef disqualifiziert: 50 Prozent sind dieser, 48 Prozent gegenteiliger Ansicht.

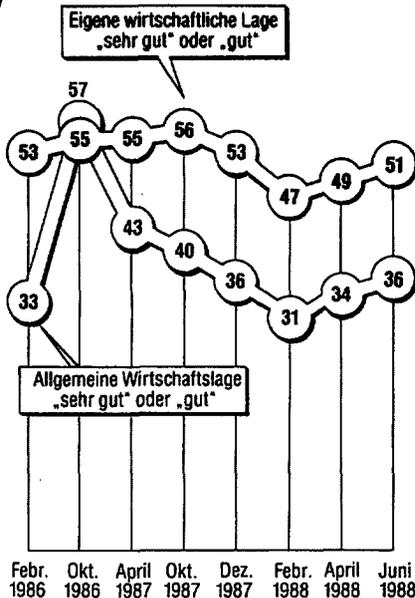
In allen anderen Bevölkerungsgruppen meinen große Mehrheiten, daß Lambsdorff nicht Parteivorsitzender werden dürfe, zum Beispiel 63 Prozent der CDU/CSU-Wähler, 86 Prozent der SPD-Wähler, 92 Prozent der Grün-Wähler, 83 Prozent der Bundesbürger unter 30 Jahren und 69 Prozent derjenigen über 60 Jahren, 77 Prozent der ehemaligen Volks- und Hauptschüler sowie 75 Prozent der Deutschen mit Abitur.

In einer einzigen Gruppe, immerhin, gibt es eine Mehrheit, der Lambsdorff als Parteichef lieber wäre als Frau Adam-Schwaetzer. Es sind diejenigen FDP-Wähler, die von sich selbst sagen, sie seien „überzeugte Anhänger“. Zumeist sind es Stammwähler, die über alle Wenden und Wechsel ihrer Partei treu geblieben sind. 50 Prozent der „überzeugten Anhänger“ sind für Lambsdorff, 33 Prozent für die Gegenkandidatin. Bei den anderen FDP-Anhängern, die in einigen oder in etlichen Fragen anders denken als „ihre“ Partei, wechselt

## WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM JUNI: ZUFRIEDENHEIT WÄCHST



Die politische Stimmung in der Bundesrepublik wird stark von der wirtschaftlichen Situation geprägt. Emnid stellt deshalb häufig zwei Fragen: wie die allgemeine und wie die eigene wirtschaftliche Lage eingeschätzt werden. Die Antworten (in Prozent), zum Vergleich die Ergebnisse früherer Umfragen:



die Mehrheit: Da sind nur noch 20 Prozent für den Grafen und 56 Prozent für die Ministerin.

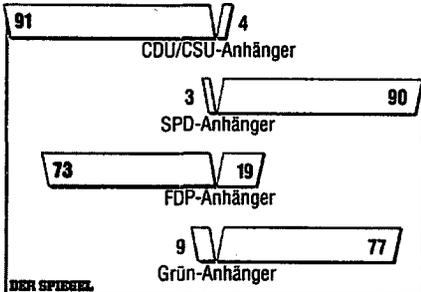
**Bilanz:** Die Auseinandersetzung um das Chef-Amt entzweit die Anhänger der FDP, und die meisten anderen Bundesbürger sind sich in der Präferenz für die Bewerberin einig.

Dieses Ergebnis macht die Alternative deutlich, vor der die FDP steht. Entscheidet sie sich für Lambsdorff, wendet sie sich nach innen, nur unter ihren Stammwählern überwiegt dann die Zustimmung. Entscheidet sie sich für Frau Adam-Schwaetzer, wird die FDP attraktiver für die Außenwelt.



### KANZLERFRAGE: VOGEL VOR KOHL

Im Juni stellte Ennid eine Frage, die vor Bundestagswahlen zum Repertoire aller Institute gehört, sonst aber nur in größeren Abständen in Fragebögen aufgenommen wird: „Angenommen, Sie könnten den Bundeskanzler direkt bestimmen und hätten zwischen Helmut Kohl als dem Kandidaten der CDU/CSU und Hans-Jochen Vogel als dem Kandidaten der SPD zu wählen, für welchen von beiden würden Sie sich entscheiden?“ Die Antworten (in Prozent):



Nur oberflächliche Betrachter können meinen, es sei ziemlich gleichgültig, was CDU-Wähler oder gar Grün-Anhänger über die künftige FDP-Spitze denken. Mehr als jede andere Partei braucht die FDP Wechselwähler, die sie aus den Reihen anderer Parteien anziehen muß.

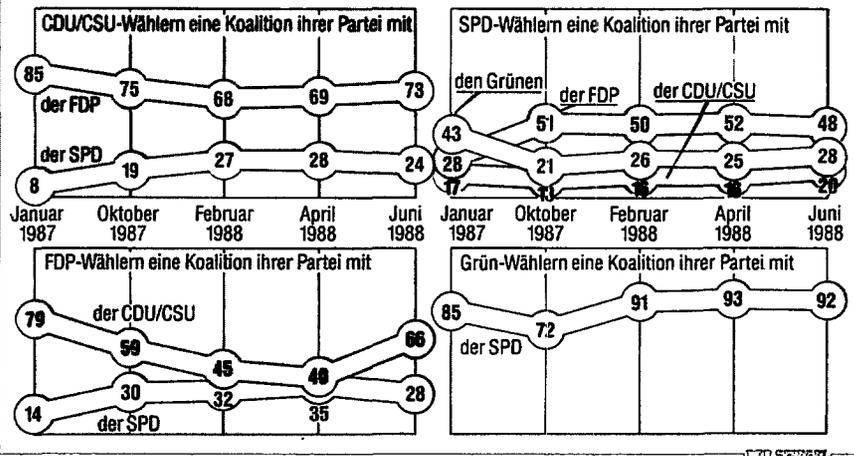
Mit einer Frage griff Ennid eine Diskussion auf, die sich nach Bangemanns offizieller Ankündigung seines Abschieds nicht nur über die Neubesetzung des Wirtschaftsministeriums, sondern auch über einen Wechsel in anderen Ministerien entwickelt hat. In diesem Zusammenhang wurden Justizminister Engelhard, Innenminister Zimmermann und sogar Außenminister



## WER SOLL MIT WEM?

„Welche Koalition wäre Ihnen am liebsten, wenn bei der nächsten Bundestagswahl keine Partei die

absolute Mehrheit erhielte?“ Ennid hatte diese Frage im Januar 1987, dem Monat der letzten Bundestagswahl, sowie im Oktober 1987 und bei den beiden Umfragen in diesem Jahr gestellt. Es wünschsten von je 100



Genscher genannt; CDU-Politiker hatten erklärt, das Außenamt sei kein Erbhof der FDP.

Ennid fragte deshalb nach den Wünschen für die Zukunft der Minister Engelhard, Genscher und Zimmermann. Überdies wurde Stoltenberg in die Liste aufgenommen.

Es zeigte sich, daß die CDU/CSU mit der Diskussion um Genscher und dessen Außenamt ihre eigenen Wähler geschockt hat. Denn die sind ebenso wie die FDP-Anhänger der Meinung, daß

Genscher „unbedingt“ da bleiben solle, wo er ist (85 und 88 Prozent).

Einen Finanzminister Stoltenberg wollen noch weniger Bundesbürger behalten als einen Innenminister Zimmermann und einen Justizminister Engelhard. Selten ist das politische Absterben eines Politikers in Umfragezahlen so anschaulich dokumentiert worden wie von Ennid im Fall Stoltenberg.

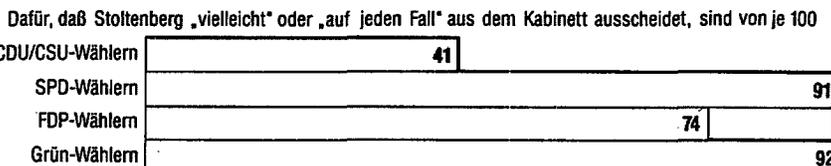
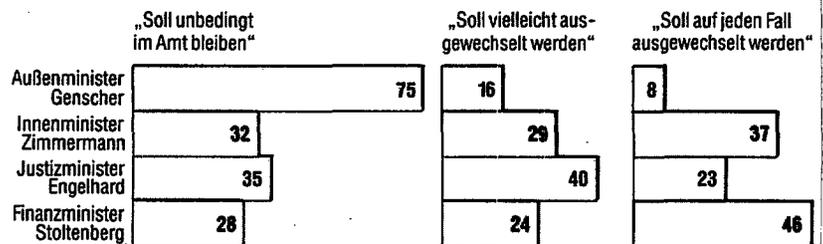
In den letzten sechs SPIEGEL-Umfragen sank die Zahl der Befragten, die Stoltenberg eine „wichtige Rolle“



## NUR JEDER VIERTE: STOLTENBERG SOLL BLEIBEN

Ennid nannte vier Minister und stellte jeweils drei Antworten zur Wahl: Ob der Minister „unbedingt

im Amt bleiben soll, ob er vielleicht ausgewechselt oder ob er auf jeden Fall ausgewechselt werden soll“. Die Antworten (in Prozent):



wünschten, stetig. 62 Prozent waren es im August vorigen Jahres, 58 Prozent im Oktober, 51 Prozent im Dezember, 46 Prozent im Februar, 45 Prozent im April, nun sind es im Juni nur noch 39 Prozent. Dementsprechend fiel Stoltenberg erst von Platz 4 auf Platz 5, dann auf Platz 9, auf Platz 11, auf Platz 12 und nun auf Platz 13 zurück.

Demselben Mann, der einst als stabilste Stütze Kohls und als Kanzler-Alternative galt, würden die meisten Bundesbürger nicht nachtrauern, wenn er aus dem Kabinett verschwände.

Am Beispiel des FDP-Generalsekretärs Haussmann ist zu sehen, wie schwer es ist, aus der zweiten in die erste Bonner Reihe vorzudringen. Vor mehr als zwei Jahren, im Februar 1986, stand er schon mal auf der Ennid-Liste. Damals kannten ihn 64 Prozent der Bundesbürger nicht, jetzt sind es immer noch 35 Prozent. Damals nur 12, jetzt immerhin 26 Prozent wünschen ihm eine „wichtige Rolle“. Mehr sind es nicht, obwohl Haussmann seinen Anspruch angemeldet hat, Bangemann als Wirtschaftsminister zu beerben.

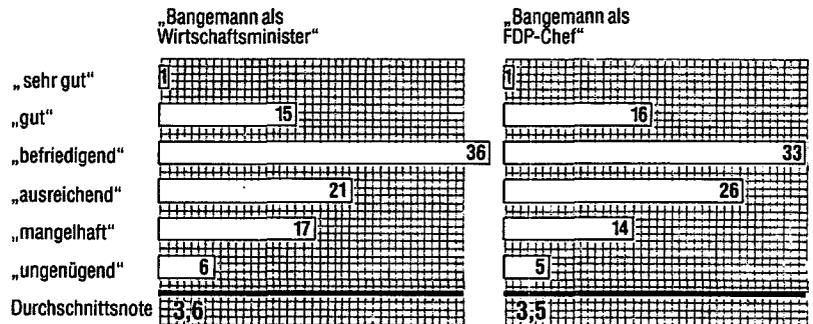
Die Entwicklung, daß nicht mehr jeder achte, sondern jeder vierte Bundesbürger ihn schätzt, brachte Haussmann nur ein winziges Stück voran, von Platz 20 auf Platz 19. ◆



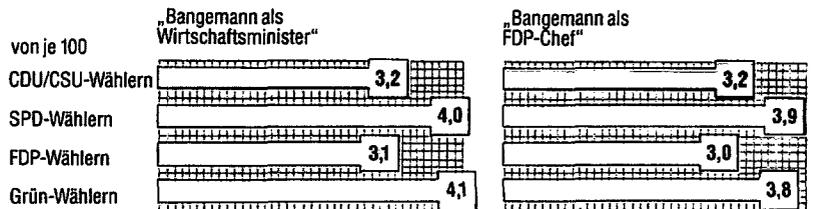
## NOTEN 5 UND 6 HÄUFIGER ALS 1 UND 2

Ennid fragte: „Martin Bangemann gibt seine Ämter als Wirtschaftsminister und als FDP-Vorsitzender auf. Wie beurteilen Sie seine in den beiden Ämtern geleistete Arbeit?“ Die Befragten sollten ihre Meinung in Schulnoten von Eins („sehr gut“) bis Sechs („ungenügend“) ausdrücken.

Es entschieden sich von je 100 Befragten für die Note



Die Urteile über Bangemann je nach der eigenen politischen Einstellung: Es entschieden sich für die Durchschnittsnote

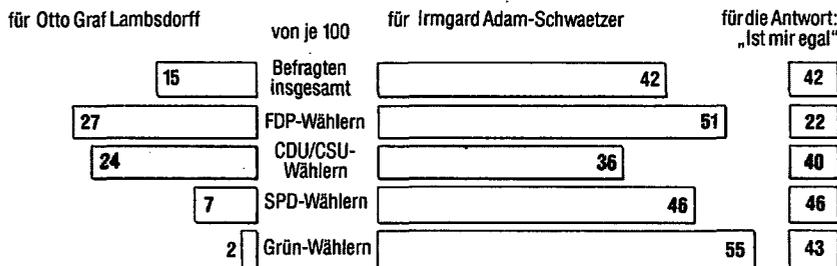


## FDP-CHEF LAMBSDORFF? NEIN DANKE!

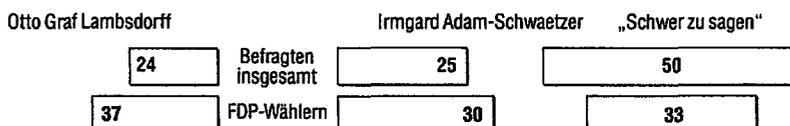


Vier Fragen galten der bevorstehenden Neuwahl des FDP-Vorsitzenden. Zunächst sollten die 2000 Befragten sagen, „wer nach ihrer persönlichen

Meinung FDP-Vorsitzender werden soll“. Es entschieden sich:



Mit einer weiteren Frage bat Ennid um eine Prognose: „Wer wird es voraussichtlich werden?“ Es antworteten von je 100



Zwei Fragen galten dem Parteispenden-Prozeß und dem Angeklagten Lambsdorff.

Zunächst erinnerte Ennid daran, daß ihm damals Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung vorgeworfen wurde, dann stellte das Institut eine Gedächtnis-Frage: „Wissen Sie noch, wie das Urteil für Lambsdorff lautete?“ Vier Antworten standen zur Wahl. Es meinten (in Prozent):

„Lambsdorff wurde von beiden Vorwürfen freigesprochen“

18

„Lambsdorff wurde nur der Bestechlichkeit für schuldig befunden“

8

„Lambsdorff wurde nur der Steuerhinterziehung für schuldig befunden“

49

„Lambsdorff wurde in beiden Punkten für schuldig befunden“

20

Der Text der zweiten Frage: „Tatsächlich wurde die Anklage wegen Bestechlichkeit fallengelassen, der Steuerhinterziehung wurde er schuldig gesprochen. Was ist Ihre persönliche Meinung: Darf Lambsdorff danach Parteivorsitzender werden, oder darf er es nicht?“ Es entschieden sich von je 100

